

Berantwort. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Reichplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf. in Deutschland 2 M.
vierfachjährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: wie Petzelle oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf. im Abendblatt und Neuanen 30 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, 29. Juni 1894.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Germann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Bärk & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Copenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abonnement-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneut zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffahrtsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Übermittlung wir ein eigenes Büro in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas hinzuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Format erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermittelt.

Die Redaktion.

Die französischen Vorgänge.

Die Wahl Casimir Periers hat außerhalb des radikalen und sozialistischen Lager in Frankreich anscheinend allgemein eine günstige Aufnahme gefunden, wenn auch von besonders lebhaften Zustimmungsäußerungen bis jetzt nichts verlautet. Über die Vorgänge unmittelbar nach der Wahl wird der „Nat.-Bzg.“ telegraphiert:

Nach der Proklamation der Wahl Periers im Kongress rießen die Gemäßigten Bravo, während die Radikalen tobten und riefen, die Wahl sei ein Triumph der Reaktion. Die Radikalen hatten sich an einen zweiten Wahlgang gerichtet, bei welchem sie für Dupuy stimmen wollten. Vor der Aufhebung der Sitzung protestierten mehrere Sozialisten gegen die Nichtzulassung ihrer Anträge. Die Pariser Bevölkerung erwartete Perier am Bahnhof, er fuhr jedoch im Wagen durch das Bois de Boulogne und stieg im Ministerium des Außen ab. Nur auf dem Konferenzplatz war eine große Volksmenge versammelt, welche den neuen Präsidenten freudig begrüßte.

Weitere Telegramme besagen:

Paris, 27. Juni. Die Gruppe der sozialistischen Deputierten protestiert in einem Manifest gegen die Wahl Casimir Periers, welche durch Vereinigung von Klerikalen, Radikalen und Kapitalisten zu Stande gekommen sei und die Republik gefährde.

Paris, 28. Juni. Die Wahl des Präsi-

denten Casimir Perier bedeutet weiter nichts als einen Aufschwung der Reaktion. Die Radikalen

hatten sich an einen zweiten Wahlgang gerichtet,

bei welchem sie für Dupuy stimmen wollten.

Vor der Aufhebung der Sitzung protestierten

mehrere Sozialisten gegen die Nichtzulassung ihrer

Anträge. Die Pariser Bevölkerung erwartete

Perier am Bahnhof, er fuhr jedoch im Wagen

durch das Bois de Boulogne und stieg im

Ministerium des Außen ab. Nur auf dem

Konferenzplatz war eine große Volksmenge ver-

sammelt, welche den neuen Präsidenten freudig be-

grüßte.

On den Ziegeln des 221. Arrondissements sind sämtliche italienische Arbeiter entlassen worden und Konflikte drohen noch überall. Die Sozialisten nehmen heftig für die Italiener Partei. Die mit Trauerflaggen drapierten Fahnen

mehrten sich in den Straßen und bis Sonntag wird ganz Paris äußerst in Trauer sein.

Paris, 28. Juni. Der gefrigte Abend ver-

ließ ruhig. — Die republikanischen, gemäßigten und konservativen Blätter begrüßen die Wahl

Casimir Periers, dessen Festigkeit und Loyalität sie hervorheben.

Die radikalen Blätter kritisieren,

die Wahl bedeute einen Sieg der konservativen

Parteien über die fortgeschrittenen Republikaner;

eine bemerkte, sie sei eine Herausforderung der Demokratie. Das sozialistische Blatt „Petite République“ sagt in einem heftigen Leitartikel,

Casimir Perier vertrete die klerikale Aristokratie und die Plutokratie. Alle Republikaner sollten sich auf einen neuen 16. Mai vorbereiten.

Paris, 28. Juni. Das „Journal des

Debats“ schreibt: „Frankreich spendet der Wahl

Casimir Periers Beifall, weil es in ihm das

Steht, was es am wertvollsten braucht: eine

Regierungsmann.“ Die „Gazette“ erfuhr, die

Wahl Casimir Periers bedeute die vor

der republikanischen Institutionen. Der „Figaro“

meint, es sei wahrscheinlich, das Casimir Perier,

entgegen der verbreiteten Meinung, offen mit den Republikanern regieren werde, selbst mit Verleugnung der Konservativen, welche zuletzt auf ihn rechneten. Der „Gaulois“ sagt: „Casimir Perier wurde vor allem seiner Geburt, seines Vermögens, seiner Beziehungen und seines glänzenden Namens wegen gewählt. Dieses monarchische Gefühl welches die Wahl inspirierte, kann den Monarchen nicht missen.“ Das Blatt verlangt schließlich eine politische Amnestie und die Aufhebung der Verbannungsgesetze. Die „Autorité“ führt aus: „Wir treten in eine Periode entscheidender Ereignisse ein, während welcher die monarchische Sache sich rasch erheben wird. Der Dolch Cäsar wird nicht blos einen Menschen, sondern auch ein Regime getötet haben.“

Paris, 28. Juni. Carnots greise Mutter ist von ihrem Landeskundekabinett hierher gefommen und wohnt bei ihrem Sohn Adolf. Sie verbrachte den gestrigen Tag mit ihrer Schwester, in deren Thronen sie die ihrigen mischt. Der Untersuchungsrichter in Lyon glaubt neuerdings an eine anarchistische Verschwörung gegen alle Staatsoberhäupter. In dieser Annahme ließ er einen gewissen Laborie in Cette und Pie in Châlons verhaften, die mit Cesar in Verbindung standen und verdächtige Ausführungen gethan hätten.

Paris, 28. Juni. Die Stadt ist vollkommen ruhig. Die Arbeit in den Fabriken ist wieder aufgenommen, die Truppen sind in die Kasernen wieder eingezogen. Nur die Rue Labarre bleibt wegen des in ihr gelegenen italienischen Konsulates noch besetzt. Die Zahl der aufrecht gehaltenen Verhaftungen beläuft sich auf 1500.

Die „Nat.-Lip.corr.“ schreibt betreffs des Verbaus der Kreuzzeitungskonservativen bei den Wahlen:

„Nur ungern müssen wir uns noch einmal mit der „Kreuzzeitung“ und der Frage der Unterstützung bei den Reichstagswahlen beschäftigen. Es kommt bei der Unbeschwertheit des Blattes nichts bei einer Fortsetzung von Potentis heraus; aus Einzelheiten, d. h. Thatsachen läßt es sich nicht ein, woran es gut thut; Belehrungen können erst bei künftigen Wahlen auf dem von uns angekündigten Wege erfolgen. Jede Entgegung der „Kreuzzeitung“ bietet aber so viele Blöden, daß wir die längst doch noch mit wenigen Worten zurückkommen müssen. Das Blatt hält uns immer die 75 Stichwahlen entgegen, an denen wir bestellt gewesen und wobei die Konservativen hoffentlich einzergreifen hätten; das haben sie nur sehr vereinzelt gehabt; in manchen Gegenden, z. B. in der Provinz Hannover, haben sie sich nur förmlich bemüht gemacht, und in mindestens

reform im Reiche werde zu Stande kommen, hat sich leider nicht erfüllt. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß es den verbündeten Konservativen gelingen wird, über diese wichtige Aussage zu einer Verständigung mit dem Reichstag zu gelangen, damit eine geordnete Fortführung der Finanzwirtschaft in den Bundesstaaten ermöglicht wird.“ Die Thronrede bewirkt sodann die Annahme des Gesetzes über die Aufstellung der Beamtengehälter, wodurch die Gehaltsfrage für lange Zeit abgeschlossen sei, ferner die Vervolkstümung des Staatsbahnhofes, die Herstellung weiterer Nebenbahnen, gedenkt so dann verschiedener kleinerer Vorlagen und spricht die Hoffnung aus, die Aufhebung des Gesetzes über das Verbot der Missionen werde die Sache des Friedens fördern. Die Anträge auf Änderung des Wahlsystems werde die Regierung in einigte Erwähnung ziehen.

Österreich-Ungarn.

Wien, 28. Juni. Von den hiesigen Blättern wird die Wahl Casimir Periers durchweg auf das sympathischste begrüßt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: „Seit Thiers stand keine so scharf ausgesetzte Persönlichkeit an der Spitze Frankreichs. Die Wahl bedeutet den unbewussten Entschluß des französischen Bürgerthums, sich durch Schreden und Wort nicht einzufechten zu lassen, und ist eine würdige, mutige Antwort auf das Attentat. Perier hilft sich die Hoffnung, daß er sein Volk mit Würde und Einsicht vertreten, sich aber als Freund des Friedens und der Eintracht hinstellen wird.“ Das „Fremdenblatt“ sagt:

„Perier ist ein energetischer Vertreter des Prinzips der Ordnung im Staate und wird sicherlich den an ihn gestellten Anforderungen zu genügen wissen. Die Wünsche der ganzen gebildeten Welt werden ihn bei seinen Bemühungen zur Vertheidigung der Gesellschaft begleiten.“

Wien, 28. Juni. Der Kaiser reist Mittags nach Ischl zum Besuch der Erzherzogin Marie Valerie ab und tritt von dort am Sonnabend an die Reise nach Trient und Madonna di Campiglio an.

Schweiz.

Bern, 28. Juni. Im Nationalrat hat Zoss-Schaffhausen den Antrag eingebracht, der Bundesrat solle einem im Jahre 1881 ertheilten Auftrage, mit den hauptsächlichen Industriezonen Unterhandlungen beihand zu Abhandlung einer internationalen Fabrizategelégung anzutreten, nachkommen.

Niederlande.

Amsterdam, 28. Juni. In dem Prozeß gegen die Amsterdamer Banknotenmischer verurteilte das hiesige Tribunal den Verkäufer der falschen Banknoten, Krause, zu fünf Jahren, Dooberts zu vier, Thumm zu drei, von Niemi, Trepp, Kempt, Keese zu zweieinhalb, Simone und Arntz zu zwei Jahren Zuchthaus. Loschke wurde freigesprochen.

Großbritannien und Irland.

London, 28. Juni. Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß der vor einigen Monaten zum Mitglied des obersten Appellationshofes ernannte Lord Russell of Killowen der Nachfolger Lord Coleridges auf dem Posten des Lord Oberrichters von England werden wird. Keine geeigneter Persönlichkeit ließe sich für diese Stellung finden als Lord Russell, wie man ihn ins Oberhaus berufen kann. Sein Lehrerwohnhaus bei der Schule zu erbauen. Die Wohnung des Schreibers darf nicht mehr wie früher in den Keller verlegt werden, dadurch wird das Lehrerhaus drei Stock hoch und der Kostenpunkt steigt auf 29—36 000 Mark. Weiter werden Klosettanlagen mit 10—12 000 Mark angelegt und dies sei in sanitärem Interesse nötig. Dazu kommen die Ausgaben für Zentralheizung, Herstellung eines Brunnens und andere Verbesserungen. Berücksichtigt man dies, so sei nicht gut möglich, billiger zu bauen, höchstens wäre eine Empfehlung an der Ausführung der Fassade möglich, indem man jede einfache Ausführung unterlässe. Die Finanz-Kommission ist zu dem Entschluß gekommen, das vorliegende Projekt mit dem Betrag von 29 000 Mark gestellt; der Magistrat wird ermächtigt, mit der Ausführung des Baues vorzugehen, sobald die von dem Spender in Aussicht gestellte Summe gezahlt ist. 6. wird genehmigt, daß die Zusatzzahlung von dem Spender in Form einer Lebensrente befridigt wird. — Die Milliardenfrage soll zunächst in halber Breite mit mittelmäßigem Material, an der Kreuzseite mit einem 2 Meter breiter Trottoir hergestellt werden.

Von den Gegenständen der öffentlichen Sitzung erwähnen wir folgende:

Der Magistrat hat eine Vorlage eingebracht,

nach welcher sich die Versammlung damit einverstanden erkläre soll, daß das auf insgesamt

370 000 Mark überstieglich berechnete Projekt C für eine 18klassige 3. Klasse-Mittel-

schule an der Barnimstraße der freien Projektbaarleistung zu Grunde gelegt wird.

Herr Decker reserviert eingehend über das Projekt, er betont, daß allein der Wunsch aus-

gebrochen werden, die Schulbauten billiger zu verwalten, er glaubt jedoch, daß es nicht möglich sein

werde, heute noch so billig zu bauen, wie früher, denn neuerdings würden alte baulichen und sanitären Verbesserungen schon beim berücksichtigt, außerdem sei beschlossen, stets ein Lehrerwohn-

haus bei der Schule zu erbauen. Die Wohnung des Schreibers darf nicht mehr wie früher in den Keller verlegt werden, dadurch wird das Lehrerhaus drei Stock hoch und der Kostenpunkt steigt auf 29—36 000 Mark. Weiter werden

Klosettanlagen mit 10—12 000 Mark angelegt und dies sei in sanitärem Interesse nötig.

Dazu kommen die Ausgaben für Zentralheizung, Herstellung eines Brunnens und andere Ver-

besserungen. Berücksichtigt man dies, so sei nicht

gut möglich, billiger zu bauen, höchstens wäre eine Empfehlung an der Ausführung der Fassade mög-

lich, indem man jede einfache Ausführung unterlässe. Die Finanz-Kommission ist zu dem Ent-

schluß gekommen, das vorliegende Projekt mit dem Betrag von 29 000 Mark gestellt;

der Magistrat wird ermächtigt, mit der Ausfüh-

rung des Baues vorzugehen, sobald die von dem Spender in Aussicht gestellte Summe gezahlt ist.

6. wird genehmigt, daß die Zusatzzahlung von dem Spender in Form einer Lebensrente befridigt wird. — Die Milliardenfrage soll zunächst in halber Breite mit mittelmäßigem Material, an der Kreuzseite mit einem 2 Meter breiter

Trottoir hergestellt werden.

Von den Gegenständen der öffentlichen Sitzung erwähnen wir folgende:

Der Magistrat hat eine Vorlage eingebracht,

nach welcher sich die Versammlung damit einverstanden erkläre soll, daß das auf insgesamt

370 000 Mark überstieglich berechnete Projekt C für eine 18klassige 3. Klasse-Mittel-

schule an der Barnimstraße der freien Projektbaarleistung zu Grunde gelegt wird.

Herr Peter erwidert eingehend über das Projekt, er betont, daß allein der Wunsch aus-

gebrochen werden, die Schulbauten billiger zu verwalten, er glaubt jedoch, daß es nicht möglich sein

werde, heute noch so billig zu bauen, wie früher, denn neuerdings würden alte baulichen und sanitären Verbesserungen schon beim berücksichtigt,

außerdem sei beschlossen, stets ein Lehrerwohn-

haus bei der Schule zu erbauen. Die Wohnung des Schreibers darf nicht mehr wie früher in den Keller verlegt werden, dadurch wird das Lehrerhaus drei Stock hoch und der Kostenpunkt steigt auf 29—36 000 Mark. Weiter werden

Klosettanlagen mit 10—12 000 Mark angelegt und dies sei in sanitärem Interesse nötig.

Dazu kommen die Ausgaben für Zentralheizung, Herstellung eines Brunnens und andere Ver-

besserungen. Berücksichtigt man dies, so sei nicht

gut möglich, billiger zu bauen, höchstens wäre eine Empfehlung an der Ausführung der Fassade mög-

lich, indem man jede einfache Ausführung unterlässe. Die Finanz-Kommission ist zu dem Ent-

schluß gekommen, das vorliegende Projekt mit dem Betrag von 29 000 Mark gestellt;

der Magistrat wird ermächtigt, mit der Ausfüh-

rung des Baues vorzugehen, sobald die von dem Spender in Aussicht gestellte Summe gezahlt

daß sich die Versammlung mit dieser Auskunft nicht begnügen könne, da die Vortheile der vorhergehenden Aenderung die vom Magistrat hervorgebrachten Bedenken überwiegen. Der Referent beantragt, den Magistrat zu ersuchen, die Augenlegung in nochmalige Erwähnung zu ziehen und der Versammlung baldmöglichst darüber Bericht zugeben zu lassen.

Nachdem die Herren Kükenthal und Kellm dießen Antrag unterstützt, wird derselbe angenommen.

Eine Vorlage des Magistrats empfiehlt die Genehmigung eines am 1. Juli d. J. in Kraft tretenden Vertrages mit der Firma Danziger Nachfolger, welche durch die neuen Hafenanlagen notwendig geworden ist. Die Firma Danziger Nachfolger verzichtet darauf, um der Stadt die neue Untersuchung unter der Eisenbahnbrücke an der Parmit und die Zubrücken zum neuen Hafen möglich zu machen, auf die Pachtrechtfertigung der Parzellen in Gesamtgröße von 1211 Quadratmetern, welche teils vom Eisenbahnsitz (396 Quadratmeter), teils von der Stadt (815 Quadratmeter) verpachtet sind, sowie auf ihr Benutzungsrecht des Parallelkanals, der nun zugestellt werden kann. Die genannte Firma fordert dafür folgende Gegenleistungen: 1. die Stadt zahlte 2000 M. baa, 2. sie schlägt dem Pachtgrundstück eine näher bezeichnete Fläche von 800 Quadratmetern zu, 3. die Pacht wird der Größenveränderung entsprechend auf 800 Mark jährlich bis 1. April 1897 und von da ab auf 1600 Mark festgesetzt, 4. die Pacht wird über den 1. Oktober 1903 bis 1. Okt. 1906 prologiert, 5. die Firma wird von der Begeunterhaltung bereit, 6. die Stadt gestattet der Firma die Verbindung ihrer beiden Pachtgrundstücke durch einen Fußgängerbau von 0,60 Meter Sperrbreite, 7. die Stadt übernimmt die Verpflichtung und die Neuerstellung eines Zaunes, 8. nach Herstellung des Zubrückes gewährt die Stadt der Firma zu 1. Januar 1906 das alleinige Benutzungsrecht der Uferstraße e. f. der Stütze zum Lösch- und Löwen gegen das tarifmäßige Vollwerksgeb.

Herr Hofrichter, welcher über die Vorlage referirt, empfiehlt Annahme des Vertrages, demgemäß beschließt die Versammlung.

Zur Genehmigung liegt der Fluchtlinienplan der Hospitalstraße vor, wonach diese Straße nach der Seite des Friedhofes hin verlegt werden soll, sie ist auf 15 Meter Breite projektiert, soll aber zunächst nur mit 10 Metern Breite ausgeführt werden, weil andernfalls eine größere Anzahl Gräber des Pommerensdorfer Kirchhofes bestellt werden müssten.

Herr Decker als Referent empfiehlt Genehmigung und demgemäß wird beschlossen.

Weiter ist eine Fortführung des Fluchtlinienplans der Belleuvestraße projektiert, soll aber falls die Firma "Himmelsleiter" bis zur Allee verlängert werden. Dies wird gleichfalls genehmigt.

Endlich liegt der Fluchtlinienplan für den Zchariasgang vor.

Herr Maßche als Referent giebt einen Rückblick auf die Verhandlungen, welche über den Fluchtlinienplan des Zchariasgangs schon seit Jahren geführt sind, aber stets zur Ablehnung geführt haben, wenn seitens der Polizeidirektion die Anlegung wieder angeregt war. Der Magistrat ist stets zu der Ansicht gekommen, daß die Verbreiterung des Zchariasgangs nicht im öffentlichen Interesse, sondern mehr im Interesse der dortigen Grundbesitzer und der Kaufmännischen Geschäfte liege. Die Königl. Regierung und das Vermögensgericht hat sich dieser Anregung gezeigt und der Magistrat hat sich auch geneigt gezeigt, darauf einzugehen und einen Fluchtlinienplan zur Verbreiterung des Ganzen auf 8 Meter Breite entworfen, welcher nicht nur die beiden vom Brand betroffenen Grundstücke betrifft, sondern sich bis zu dem Grundstück Wallstraße 21 erstreckt. Der Referent hat gegen diesen Plan nichts einzuwenden, er bitte aber, demgemäß nicht zuzustimmen, da gar kein Anlaß vorliege, um die früher vom Magistrat hervorgehobenen Gründe umzufüllen. Der Referent beantragt, den Magistrat zu ersuchen, feststellen zu lassen, wieviel Kosten die Durchführung des Fluchtlinienplans der Stadt längs der Brandstelle verursachen würde und eventuell mit den Besitzern wegen des abzutretenden Terrains in Unterhandlung zu treten und dann die Feststellung der Baulinie für die vom Brand betroffenen Grundstücke zu beschließen.

Herr Baarath Meyer hält die Feststellung einer Baulinie gegenwärtig für durchaus nötig, weil sonst auf dem bisherigen Terrain die abgebrannten Gebäude wieder aufgeführt würden und dann eine Verbreiterung des Zchariasgangs auf lange Zeit in Frage komme.

Gegen die Aufstellung des Fluchtlinienplanes tritt Herr Petermann energisch ein, indem er hervorhebt, daß bei Annahme derselben eine Unzahl von Bürgern auf Kosten der übrigen Steuerzahler bereichert würden, indem ihnen für hohe Summen die alten Grundstücke abgenommen würden, die Stadt aber nicht die geringsten Vorteile hätte. Reiner bittet, die Vorlage abzulehnen.

Nach längerer Debatte zieht der Referent seinen ursprünglichen Antrag zurück und beantragt, die Fluchtlinie nur längs der Brantstraße (54 Meter) festzusezten. Demgemäß wird schließlich beschlossen.

In einer Vorlage des Magistrats wird um Genehmigung zur Vornahme von Pumpenversuch an der Quellwasserförderung der Stadt zu einem Drittel aus Magistratsmitgliedern und zu zwei Dritteln aus Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung gebeten.

Herr Axon referirt über den Antrag und empfiehlt dessen Annahme, welche auch nach kurzer Debatte erfolgt.

Die Versammlung genehmigt, daß Herr Stadtbaurath Meyer die Überleitung bei dem Bau der St. Gertrud-Kirche übernimmt, die eigentlich Bauleitung soll einem besoldeten Bautechniker übertragen werden.

Die Beratung der neuen Wasserlieferungsbedingungen soll in gemischtter Kommission stattfinden. Zu Mitgliedern derselben werden die Herren Berndt, Gollnow, Gressrath, Hofrichter und Samuel gewählt.

Die Wahl des Stadtsynthus Wolff als Vorsitzenden des Gewerbeberichts wird auf ein zweites Jahr genehmigt.

Zur gründlichen Ausbesserung der Johannastraße werden 4700 Mark bewilligt. Diese Genehmigung ist mit Freuden zu begrüßen, weil dadurch die schlechte, durch den Abruch des Nebenhause aufgeworfene Hauseinfassung geziert wird.

Zur Sitzung des Plenums in ganzer Breite der Grünen Schanze vor dem Hause Nr. 2 muss unter Fortfall der Futtermauer und des geplanten Plateaus das Haus untersangen werden. Die Versammlung beschließt, daß diese Arbeit die Stadt unternimmt; die Kosten sind einschließlich einer Mehrausgaben auf 4000 Mark veranschlagt. Außerdem sollen dem Besitzer 5000 Mark als Entschädigung für Entwertung des Hauses ge- zahlt werden.

Um geeignete Räume für Irrenküche zu schaffen, wird die Erweiterung des Isoliergebäudes im oberirdischen Stromleitungszweig vorgenommen, das Haus ist der Umstand, daß die bei der Stromleitung stehenden Stangen und Drähte nicht schön aussehen würden, doch darauf braucht man keine Rücksicht zu nehmen, da die Unternehmer versprochen haben, die Drähte zu wählen, welche mit der Umgebung harmonieren und die Gleise so zu legen, daß durch die Drähte nicht Denkmäler und monumentale Bauten verunziert werden. Dem Besuch der Majorität der über diese Angelegenheit eingesetzten Kommission hat sich der Magistrat angeschlossen, in dem er empfiehlt, die prinzipsielle Zustimmung zur Umänderung in elektrischen Betrieb mit oberirdischer Stromzuleitung zu erzielen.

Zur Genehmigung liegt der Fluchtlinienplan der Hospitalstraße vor, wonach diese Straße nach der Seite des Friedhofes hin verlegt werden soll, sie ist auf 15 Meter Breite projektiert, soll aber zunächst nur mit 10 Metern Breite ausgeführt werden, weil andernfalls eine größere Anzahl Gräber des Pommerensdorfer Kirchhofes bestellt werden müssten.

Herr Hofrichter, welcher über die Vorlage referirt, empfiehlt Annahme des Vertrages, demgemäß beschließt die Versammlung.

Zur Genehmigung liegt der Fluchtlinienplan der Hospitalstraße vor, wonach diese Straße nach der Seite des Friedhofes hin verlegt werden soll, sie ist auf 15 Meter Breite projektiert, soll aber zunächst nur mit 10 Metern Breite ausgeführt werden, weil andernfalls eine größere Anzahl Gräber des Pommerensdorfer Kirchhofes bestellt werden müssten.

Herr Decker als Referent empfiehlt Genehmigung und demgemäß wird beschlossen.

Weiter ist eine Fortführung des Fluchtlinienplans der Belleuvestraße projektiert, soll aber falls die Firma "Himmelsleiter" bis zur Allee verlängert werden. Dies wird gleichfalls genehmigt.

Betreffend der stenographischen Aufnahmen der Stadtverordneten-Versammlung hat der Magistrat kein Bedenken, daß eine Verkürzung der Straßen durch die Platten und Drähte nicht in so schlimmer Weise stattfinde, wie er sich durch den Augenschein an gleichen Einrichtungen in Hamburg, Bremen und Lübeck überzeugt habe.

Betreffend der stenographischen Aufnahmen der Stadtverordneten-Versammlung hat der Magistrat kein Bedenken, daß eine Verkürzung der Straßen durch die Platten und Drähte nicht in so schlimmer Weise stattfinde, wie er sich durch den Augenschein an gleichen Einrichtungen in Hamburg, Bremen und Lübeck überzeugt habe.

Einer Vorlage des Magistrats gemäß erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, 1. daß von der Anleihe Litt. O. im laufenden Etatsjahr zunächst 4 Millionen Mark durch Subvention begeben werden, von denen 2 Millionen Mark sofort, 1 Million Mark bis zum 1. Januar und 1 Million Mark bis zum 1. April 1895 nach Bedürfnis abzunehmen sind, 2. daß zur Regulierung der Submissions-Bedingungen und bindenden Zuschlagertheilung die Finanzkommission unter Buzierung des Oberbürgermeisters und des Kämmerers bevollmächtigt werden.

Einer Vorlage des Magistrats gemäß erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, 1. daß von der Anleihe Litt. O. im laufenden Etatsjahr zunächst 4 Millionen Mark durch Subvention begeben werden, von denen 2 Millionen Mark sofort, 1 Million Mark bis zum 1. Januar und 1 Million Mark bis zum 1. April 1895 nach Bedürfnis abzunehmen sind, 2. daß zur Regulierung der Submissions-Bedingungen und bindenden Zuschlagertheilung die Finanzkommission unter Buzierung des Oberbürgermeisters und des Kämmerers bevollmächtigt werden.

Für die Beschaffung einer Orgel für die Aula der Ottoschule werden 2000 Mark be- willigt.

Auf die Stadtwortenbeschlüsse vom 14. d. M. betr. die Erwerbung des Bürgerrechts liegt jetzt die Rückübertragung des Magistrats vor; derselbe hat beschlossen, den Stadtverordnetenbeschlüssen, nach welchen einerseits der Gemeindebeschluß vom 28. November 1874 durch das Gesetz vom 24. Juni 1891 für aufgehoben erachtet ist, andererseits dieser Gemeindebeschluß aufgehoben und als Bedingung der Erwerbung des Bürgerrechts ein jährliches Eintreffen von mehr als 660 bis 900 Mark festgesetzt wird, nicht hinzutreten. Die Versammlung nimmt hieron Kenntnis.

Die Versammlung beschließt die Beschaffung der elektrischen Beleuchtung anlage für das Stadtttheater, welche bisher die Elektrizitäts-Werke leihweise überlassen hatte, aus dem Umbau des Gebäudes erzielten Ersparnissen.

Herr Klein erinnert bei dieser Gelegenheit an die schlechte Fassade des Stadtttheaters, deren Erneuerung dringend nötig erscheine.

Von den Kaufleuten Herren Gebr. Friedmann war ein Einspruch erhoben auf Verlegung oder Einziehung des Theils der Domänenstraße, welcher zu der Haenanlage gebracht wird. Der Magistrat ist in Folge dessen mit den genannten in Verhandlung getreten und ist ein Vergleich zu Stande gekommen, welcher die Genehmigung seitens der Versammlung erhält.

Von der Finanzkommission liegt der Antrag vor, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, „bei

Einsetzung von gemischten Kommissionen dachtem Grundstück hatte eine große Dorfschreiber angelegt werden sollen, weshalb darauf für die Mitte ein kleines Gehöft bestehend aus Wohnhaus, Stall und einem Bretterhuppen errichtet worden war, der genannte Dorf hatte sich jedoch als minderwertig erwiesen, weshalb die Gewinnung eingestellt wurde. Die Gebäude blieben in Folge dessen leer stehen und man benötigte sie nur zeitweise zur Aufbewahrung von Heu; der Verkauf, sie auf Abruch zu verkaufen, schlug fehl und war es somit durchaus nicht als ein Unglück anzusehen, die Bauleitung soll einem besoldeten Bautechniker übertragen werden.

Herr Axon referirt über den Antrag und empfiehlt dessen Annahme, welche auch nach kurzer Debatte erfolgt.

Die Versammlung genehmigt, daß Herr Stadtbaurath Meyer die Überleitung bei dem Bau der St. Gertrud-Kirche übernimmt, die eigentlich Bauleitung soll einem besoldeten Bautechniker übertragen werden.

Zur Beratung der neuen Wasserlieferungsbedingungen soll in gemischtter Kommission stattfinden. Zu Mitgliedern derselben werden die Herren Berndt, Gollnow, Gressrath, Hofrichter und Samuel gewählt.

Die Wahl des Stadtsynthus Wolff als Vorsitzenden des Gewerbeberichts wird auf ein zweites Jahr genehmigt.

Zur gründlichen Ausbesserung der Johannastraße werden 4700 Mark bewilligt. Diese Genehmigung ist mit Freuden zu begrüßen, weil dadurch die schlechte, durch den Abruch des Nebenhause aufgeworfene Hauseinfassung geziert wird.

Zur Sitzung des Plenums in ganzer Breite der Grünen Schanze vor dem Hause Nr. 2 muss unter Fortfall der Futtermauer und des geplanten Plateaus das Haus untersangen werden. Die Versammlung beschließt, daß diese Arbeit die Stadt unternimmt; die Kosten sind einschließlich einer Mehrausgabe auf 4000 Mark veranschlagt. Außerdem sollen dem Besitzer 5000 Mark als Entschädigung für Entwertung des Hauses gezahlt werden.

Um geeignete Räume für Irrenküche zu schaffen, wird die Erweiterung des Isoliergebäudes im oberirdischen Stromleitungszweig vorgenommen, das Haus ist der Umstand, daß die bei der Stromleitung stehenden Stangen und Drähte nicht schön aussehen würden, doch darauf braucht man keine Rücksicht zu nehmen, da die Unternehmer versprochen haben, die Drähte zu wählen, welche mit der Umgebung harmonieren und die Gleise so zu legen, daß durch die Drähte nicht Denkmäler und monumentale Bauten verunziert werden. Dem Besuch der Majorität der über diese Angelegenheit eingesetzten Kommission hat sich der Magistrat angeschlossen, in dem er empfiehlt, die prinzipsielle Zustimmung zur Umänderung in elektrischen Betrieb mit oberirdischer Stromzuleitung zu erzielen.

Zur Genehmigung liegt der Fluchtlinienplan der Hospitalstraße vor, wonach diese Straße nach der Seite des Friedhofes hin verlegt werden soll, sie ist auf 15 Meter Breite projektiert, soll aber zunächst nur mit 10 Metern Breite ausgeführt werden, weil andernfalls eine größere Anzahl Gräber des Pommerensdorfer Kirchhofes bestellt werden müssten.

Herr Hofrichter, welcher über die Vorlage referirt, empfiehlt Annahme des Vertrages, demgemäß beschließt die Versammlung.

Zur Genehmigung liegt der Fluchtlinienplan der Hospitalstraße vor, wonach diese Straße nach der Seite des Friedhofes hin verlegt werden soll, sie ist auf 15 Meter Breite projektiert, soll aber zunächst nur mit 10 Metern Breite ausgeführt werden, weil andernfalls eine größere Anzahl Gräber des Pommerensdorfer Kirchhofes bestellt werden müssten.

Herr Decker als Referent empfiehlt Genehmigung und demgemäß wird beschlossen.

Weiter ist eine Fortführung des Fluchtlinienplans der Belleuvestraße projektiert, soll aber falls die Firma "Himmelsleiter" bis zur Allee verlängert werden. Dies wird gleichfalls genehmigt.

Betreffend der stenographischen Aufnahmen der Stadtverordneten-Versammlung hat der Magistrat kein Bedenken, daß eine Verkürzung der Straßen durch die Platten und Drähte nicht in so schlimmer Weise stattfinde, wie er sich durch den Augenschein an gleichen Einrichtungen in Hamburg, Bremen und Lübeck überzeugt habe.

Einer Vorlage des Magistrats gemäß erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, 1. daß von der Anleihe Litt. O. im laufenden Etatsjahr zunächst 4 Millionen Mark durch Subvention begeben werden, von denen 2 Millionen Mark sofort, 1 Million Mark bis zum 1. Januar und 1 Million Mark bis zum 1. April 1895 nach Bedürfnis abzunehmen sind, 2. daß zur Regulierung der Submissions-Bedingungen und bindenden Zuschlagertheilung die Finanzkommission unter Buzierung des Oberbürgermeisters und des Kämmerers bevollmächtigt werden.

Einer Vorlage des Magistrats gemäß erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, 1. daß von der Anleihe Litt. O. im laufenden Etatsjahr zunächst 4 Millionen Mark durch Subvention begeben werden, von denen 2 Millionen Mark sofort, 1 Million Mark bis zum 1. Januar und 1 Million Mark bis zum 1. April 1895 nach Bedürfnis abzunehmen sind, 2. daß zur Regulierung der Submissions-Bedingungen und bindenden Zuschlagertheilung die Finanzkommission unter Buzierung des Oberbürgermeisters und des Kämmerers bevollmächtigt werden.

Für die Beschaffung einer Orgel für die Aula der Ottoschule werden 2000 Mark bewilligt.

Auf die Stadtwortenbeschlüsse vom 14. d. M. betr. die Erwerbung des Bürgerrechts liegt jetzt die Rückübertragung des Magistrats vor; derselbe hat beschlossen, den Stadtverordnetenbeschlüssen, nach welchen einerseits der Gemeindebeschluß vom 28. November 1874 durch das Gesetz vom 24. Juni 1891 für aufgehoben erachtet ist, andererseits dieser Gemeindebeschluß aufgehoben und als Bedingung der Erwerbung des Bürgerrechts ein jährliches Eintreffen von mehr als 660 bis 900 Mark festgesetzt wird, nicht hinzutreten. Die Versammlung nimmt hieron Kenntnis.

Die Versammlung beschließt die Beschaffung der elektrischen Beleuchtung anlage für das Stadtttheater, welche bisher die Elektrizitäts-Werke leihweise überlassen hatte, aus dem Umbau des Gebäudes erzielten Ersparnissen.

Herr Klein erinnert bei dieser Gelegenheit an die schlechte Fassade des Stadtttheaters, deren Erneuerung dringend nötig erscheine.

Von den Kaufleuten Herren Gebr. Friedmann war ein Einspruch erhoben auf Verlegung oder Einziehung des Theils der Domänenstraße, welcher zu der Haenanlage gebracht wird. Der Magistrat ist in Folge dessen mit den genannten in Verhandlung getreten und ist ein Vergleich zu Stande gekommen, welcher die Genehmigung seitens der Versammlung erhält.

Von der Finanzkommission liegt der Antrag vor, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, „bei

Einsetzung von gemischten Kommissionen dachtem Grundstück hatte eine große Dorfschreiber angelegt werden sollen, weshalb darauf für die Mitte ein kleines Gehöft bestehend aus Wohnhaus, Stall und einem Bretterhuppen errichtet worden war, der genannte Dorf hatte sich jedoch als minderwertig erwiesen, weshalb die Gewinnung eingestellt wurde. Die Gebäude blieben in Folge dessen leer stehen und man benötigte sie nur zeitweise zur Aufbewahrung von Heu; der Verkauf, sie auf Abruch zu verkaufen, schlug fehl und war es somit durchaus nicht als ein Unglück anzusehen, die Bauleitung soll einem besoldeten Bautechniker übertragen werden.

Herr Axon referirt über den Antrag und empfiehlt dessen Annahme, welche auch nach kurzer Debatte erfolgt.

Die Versammlung genehmigt, daß Herr Stadtbaurath Meyer die Überleitung bei dem Bau der St. Gertrud-Kirche übernimmt, die eigentlich Bauleitung soll einem besoldeten Bautechniker übertragen werden.

Zur Beratung der neuen Wasserlieferungsbedingungen soll in gemischtter Kommission stattfinden. Zu Mitgliedern derselben werden die Herren Berndt, Gollnow, Gressrath, Hofrichter und Samuel gewählt.

Die Wahl des Stadtsynthus Wolff als Vorsitzenden des Gewerbeberichts wird auf ein zweites Jahr genehmigt.

Zur gründlichen Ausbesserung der Johannastraße werden 4700 Mark bewilligt. Diese Genehmigung ist mit Freuden zu begrüßen, weil dadurch die schlechte, durch den Abruch des Nebenhause aufgeworfene Hauseinfassung geziert wird.

Zur Sitzung des Plenums in ganzer Breite der Grünen Schanze vor dem Hause Nr. 2 muss unter Fortfall der Futtermauer und des geplanten Plateaus das Haus untersangen werden. Die Versammlung beschließt, daß diese Arbeit die Stadt unternimmt; die Kosten sind einschließlich einer Mehrausgabe auf 400

